



Motionenbericht 2004

Berichterstattung über die beim Stadtrat anhängigen Motionen und Postulate

a) Motionen

1 Revision Polizeireglement

erheblich erklärt am 26. September 2000

Der Stadtrat wird beauftragt, das 1964 erlassene Polizeireglement einer Gesamtrevision zu unterziehen.

Der Entwurf des Stadtrats für ein neues Polizeireglement liegt vor und wurde dem Justiz- und Polizeidepartement zur Vorprüfung eingereicht. Der Revisionsentwurf wird dem Grossen Gemeinderat noch in diesem Jahr zusammen mit dem neu zu schaffenden Immissionsschutzreglement unterbreitet.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

2 Neuer Teilplan Verkehr

erheblich erklärt am 3. April 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie er einen neuen Teilplan Verkehr nach den heutigen Anforderungen und künftigen Entwicklungen realisieren will.

Der neue Richtplan mit den Teilbereichen Siedlung, Verkehr und Landschaft sowie der Erlass eines neuen Planungsreglementes ist Gegenstand dieser Motion zum Teilplan Verkehr; zur gleichen Thematik gehören die Motion „Erschliessung der Bauzonen“ (Nr. 3) und „Landschaftsentwicklungskonzept (LEK) – Basis für Direkt-



zahlungen“ (Nr. 4). Diese drei Motionsaufträge sind somit gemeinsam zu behandeln und zu erfüllen.

Die Ausarbeitung des neuen Richtplanes und des neuen Planungsreglementes sind aufwendige und komplexe Vorhaben. Die erste Phase der Richtplanerarbeitung soll bis zum Sommer 2004 abgeschlossen werden. In einem ersten, sehr zeitintensiven Schritt mussten die Grundlagen für die drei Planungsbereiche mit externer Unterstützung erarbeitet und abgestimmt werden. Als Ergebnis wurde eine zusammenfassende Situationsanalyse mit der Darstellung von Stärken und Schwächen der einzelnen Bereiche erstellt und in der Baukommission des Grossen Gemeinderates sowie der Begleitkommission für die Richtplanung diskutiert. Auf den Resultaten dieser Beratungen basierend legte die Bauverwaltung sodann einen Entwurf für die „Grundzüge der räumlichen Entwicklung“ vor. Diese Grundzüge bilden die Leitideen, das politische Fundament, aber auch die nötigen Eingrenzungen für die folgende materielle Richtplanerarbeitung. Dieser Entwurf wird demnächst in den beiden genannten Kommissionen diskutiert. Der Stadtrat wird anschliessend in einer Vorlage an den Grossen Gemeinderat seine Vorschläge zu den Grundlagen des Richtplanes darstellen und auch die Kredite für die eigentlichen Richtplanarbeiten beantragen. Diese sollen noch dieses Jahr aufgenommen werden, gemäss dem jetzigen Zeitplan werden sie gegen Ende 2005 abgeschlossen sein.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um zwei Jahre zu verlängern.

3 Erschliessung der Bauzonen

erheblich erklärt am 18. September 2001

Der Stadt wird deshalb beauftragt, im Sinne eines Erschliessungsprogramms gemäss Raumplanungsgesetz aufzuzeigen, welche Bauzonen, wann, auf welche Art, mit welchen planerischen und finanziellen Mitteln erschlossen und baureif gemacht werden. Gemäss Art. 2 des städtischen Planungsreglementes ist dieses Erschliessungsprogramm als Bestandteil des Teilplanes Erschliessung und Versorgung dem Grossen Gemeinderat zur Genehmigung vorzulegen.

Der Zeitpunkt der Erschliessung der verschiedenen Bauzonenreserven ist abhängig von der Bauentscheidung der jeweiligen Grundeigentümer oder Bauträger sowie von den entsprechenden Verfahren für den Erlass von Sondernutzungsplänen und die Erteilung der Baubewilligungen. Aufgabe der Stadt, namentlich des Tiefbauamtes, der Stadtwerke und des Entsorgungsamtes, ist dabei die rechtzeitige Planung und Projektierung derjenigen Erschliessungsteile, die Sache der öffentlichen Hand sind. In der Investitionsplanung sind die voraussichtlich in den einzelnen Jahren benötigten Mittel eingesetzt, die ständige Aktualisierung und Vorbereitung der Planungen und die Auslösung der Projekte erfolgt in Abstimmung mit den privaten Bauvorhaben.



Die Erschliessungsplanung für die noch nicht eingezonten, heute vorwiegend im übrigen Gemeindegebiet liegenden künftigen Baureserven gehört zur Richtplanung. Dazu wird auf die Ausführungen zum Teilplanverkehr verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um zwei Jahre zu verlängern.

4 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) - Basis für Direktzahlungen

erheblich erklärt am 18. September 2001

Der Stadtrat wird daher eingeladen, dem Gemeinderat so rasch wie möglich ein LandschaftsEntwicklungsKonzept zur Beratung und Beschluss zu unterbreiten.

Es wird auf die Ausführungen zum Teilplan Verkehr verwiesen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um zwei Jahre zu verlängern.

5 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Gemeindestrassen in Wohngebieten

erheblich erklärt am 20. November 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat ein Projekt für eine Umgestaltung einer stark befahrenen Gemeindestrasse vorzuschlagen. Dabei soll die Wahl auf eine Gemeindestrasse mit bestmöglichem Aufwand/Nutzenverhältnis fallen. Das Projekt soll als Beispiel für Folgeprojekte auch auf Staatsstrasse herangezogen werden können.

Der partizipative Planungsprozess für die Umgestaltung der als „geeignete Gemeindestrasse“ bestimmten Lämmli brunnenstrasse ist abgeschlossen. Die Quartiervertreterinnen und Quartiervertreter und die Verwaltung haben sich auf einen gemeinsamen Gestaltungsvorschlag geeinigt. Zurzeit ist die Bearbeitung des konkreten Strassenprojektes im Gange. Mit einer Projektvorlage an den Grossen Gemeinderat ist im Herbst 2004 zu rechnen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um ein Jahr zu verlängern.



6 Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren

erheblich erklärt am 19. März 2002

Der Stadtrat wird beauftragt, für die zu schützenden Objekte aus dem Inventar der schützenswerten Bauten 1920 - 1970 und gleichzeitig auch aus den Inventaren der schützenswerten Bauten ausserhalb der Altstadt sowie der schützenswerten Bauernhäuser eine Schutzverordnung zu erlassen.

Die Ausarbeitung einer Schutzverordnung über die schützenswerten Bauten steht im Zusammenhang mit einer bis vor kurzem offenen Frage in der neuen Bauordnung, nämlich der Ausgestaltung der Bestimmungen über die Ortsbilschutzgebiete. Der Entscheid des Verwaltungsgerichtes dazu ist im Januar 2004 rechtskräftig geworden, so dass nun die konkreten Vorbereitungen für die Schutzverordnung begonnen wurden. Allerdings bedingt dies umfangreiche Abklärungen, da die bestehenden Inventare überprüft, nötigenfalls aktualisiert und ergänzt werden müssen. Das Resultat dieser Inventarüberarbeitung wird die Grundlage für die verlangte Schutzverordnung darstellen. Die Verfahrenseinleitung mit der öffentlichen Auflage und mit Einsprachemöglichkeiten kann erst erfolgen, wenn ausreichend gesicherte Grundlagen für allfällige Rechtsmittelverfahren bestehen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Motionsauftrages um zwei Jahre zu verlängern.

7 Parkplatzbewirtschaftung für städtisches Personal inkl. Lehrkräfte

erheblich erklärt am 24. Juni 2003

Der Stadtrat wird gebeten, Bericht und Antrag zu stellen, wie er die Parkplatzbewirtschaftung für das Personal der städtischen Verwaltung und der Lehrkräfte durchführen möchte.

Der Bericht ist in Bearbeitung.

8 Partizipations-Reglement

erheblich erklärt am 27. April 2004

Der Stadtrat wird eingeladen, dem Gemeinderat Bericht und Antrag für ein Partizipationsreglement vorzulegen.

Der Stadtrat wird, wie in der Stellungnahme zur Motion angekündigt, bei möglichen Ansprechpartnern für die Partizipation ein Vernehmlassungsverfahren durchführen.



b) Postulate

9 Aufwertung und Neugestaltung Bahnhofplatz

erheblich erklärt am 27. Mai 1997

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Bericht zu erstatten sowie allenfalls Antrag stellen, durch welche Massnahmen eine Aufwertung und Neugestaltung des gesamten Bahnhofplatzes erreicht werden kann. Dabei ist insbesondere die Durchführung eines Ideenwettbewerbes zu prüfen, und es sind gleichzeitig Sofortmassnahmen aufzuzeigen.

Der Grosse Gemeinderat hat am 26. August 2003 die Vorlage des Stadtrates zur Aufwertung und Neugestaltung des Bahnhofplatzes, welche die entsprechenden Ausführungen zum Postulat beinhaltete, zurückgewiesen und verlangt, dass wenn möglich innert Jahresfrist mögliche Konzeptlösungen zur Neugestaltung des Bahnhofplatzes unter Berücksichtigung von konkret genannten Aspekten aufzulegen seien.

Inzwischen hat eine interdisziplinäre Arbeitsgruppe unter der Leitung des Tiefbauamtes die Bearbeitung von entsprechenden Teilprojekten aufgenommen. Für die Klärung der Buslinienführung und der betrieblichen Bedürfnisse für den Bushof wurden zwei externe spezialisierte Ingenieurbüros beigezogen. Die Ermittlung der konkreten Bedürfnisse und Randbedingungen für die weitere Nutzung des Bahnhofplatzes ist im Gange. Im Rahmen des Vorprojektes für die Fachhochschule ist das Infrastrukturangebot auf der nordseitigen „Bahnhofvorfahrt“ inzwischen bekannt. Als Abschluss dieser Arbeiten soll ein Gestaltungskonzept vorgeschlagen werden, welches die Grundlage für ein Wettbewerbsverfahren bilden kann.

Die entsprechende Vorlage an den Grossen Gemeinderat erfolgt im September 2004 (die gesetzte Frist vom 26. August 2004 ist zu knapp).

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

10 Konzeption und Neugestaltung des Marktplatzes, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes

erheblich erklärt am 19. Mai 1998

Der Stadtrat wird beauftragt zu prüfen und Stellung zu nehmen sowie allenfalls ein Konzept auszuarbeiten, wie der Marktplatz, unter Einbezug des Taubenloches und des Blumenmarktes, besser genutzt und neu gestaltet werden kann.



Es wird auf die Vorlage des Stadtrates vom 20. April 2004 verwiesen.

11 Kulturplatz am Stadtpark

erheblich erklärt am 22. Juni 1999 in der Form eines Postulates mit folgendem geändertem Wortlaut:

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie die verkehrliche Situation im Museumsquartier als Wohn- und Kulturgebiet verbessert werden kann. Zu prüfen ist namentlich eine neue Ausfahrt (und eventuell auch Einfahrt) der Brühltor-Garage direkt auf eine Strasse des übergeordneten Netzes. Die entsprechenden Kosten sollen von der Parkgarage AG und der Stadt bzw. der Spezialfinanzierung für Parkplätze und Parkhäuser anteilmässig getragen werden.

Ein erster Teil des Postulatsauftrages ist mit der Vorlage des Stadtrates zur Verlegung der Ausfahrt Museumstrasse in die neue Ein- und Ausfahrt Torstrasse erfüllt worden. Darüber wird die Bürgerschaft im November 2004 entscheiden. Die verkehrlichen Verbesserungen für den „Kulturplatz“ und das Museumsquartier sind abhängig von der Aufhebung der Garagenausfahrt, das entsprechende Projekt soll deshalb vorgelegt werden, wenn diese Verlegung feststeht. In der Investitionsplanung sind die nötigen Mittel bereit gestellt.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

12 Wildnispark Goldacher Tobel

erheblich erklärt am 4. April 2000

Der Stadtrat wird eingeladen, in Koordination mit den umliegenden Gemeinden und dem Kanton eine Schutzverordnung zu erarbeiten.

Die Federführung und die Koordination für diese neue Schutzverordnung liegt beim Kanton. Der Stadtrat hat die städtische Mitwirkung geregelt und für den städtischen Kostenanteil einen Beitrag beschlossen. Trotz verschiedener Nachfragen von Seiten der Stadt war der Kanton aus Kapazitätsgründen aber nicht in der Lage, die Arbeiten auszuführen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.



13 Freiwilligenarbeit

erheblich erklärt am 19. Juni 2001

Ich bitte den Stadtrat zu berichten, welche Massnahmen die Stadt zur Förderung und Sichtbarmachen der Freiwilligenarbeit in der Stadt und in der Verwaltung im Vergleich zu anderen Schweizer Städten vornehmen wird.

Die Postulatsbeantwortung soll noch vor den Sommerferien erfolgen.

14 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Staatsstrassen

erheblich erklärt am 20. November 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, sich beim Kanton mit Nachdruck dafür einzusetzen, dass der Kanton auf den stark befahrenen Staatsstrassen Massnahmen zur Verbesserung der Lebensqualität umsetzt und dem Grossen Gemeinderat darüber Bericht zu erstatten.

Der partizipative Planungsprozess für die Neugestaltung des für den Umbau vorgesehenen ersten Strassenabschnittes an der Zürcher Strasse ist abgeschlossen. In kreativer und kooperativer Zusammenarbeit zwischen Kanton, Stadt, interessierten Kreisen und Quartiervertreterinnen und Quartiervertretern wurde anhand von vier parallel in Auftrag gegebenen Planungsstudien der geeignetste Gestaltungsvorschlag erarbeitet und festgelegt. Zurzeit ist die Projektierung für das entsprechende Strassenprojekt im Gange. Das Projekt ist im Kantonalen Strassenbauprogramm 2004 bis 2008 berücksichtigt. Der Stadtrat wird den Postulatsbericht nach Projektabschluss vorlegen.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

15 Oberirdische Fussgänger Verbindung vom Bohl zum Kulturviertel

erheblich erklärt am 20. November 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wie im Bereich Brühltor / Torstrasse ein oberirdischer Fussgängerübergang verwirklicht werden kann.

Die notwendigen verkehrstechnischen Abklärungen sind abgeschlossen. Das Postulat ist in Bearbeitung und soll zusammen mit der Vorlage für die Sanierung der Fussgängerunterführung Brühltor behandelt werden.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.



16 Die städtischen Friedhöfe

erheblich erklärt am 27. November 2001

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, ob und wie das Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen überarbeitet und ergänzt werden soll.

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten, ob und wie das Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen überarbeitet und ergänzt werden soll.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates vom 27. April 2004 verwiesen.

17 Gewaltprävention - Jugendliche als interkulturelle Brückenbauer

erheblich erklärt am 27. November 2001

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht und Antrag zu stellen, ob und in welcher Weise geeignete Männer und Frauen unterschiedlichen Alters und von unterschiedlicher sozialer und sprachlich-kultureller Herkunft als interkulturelle Brückenbauer zur vermittelnden, konstruktiven Beilegung von Konflikten gewonnen und eingesetzt werden können.

Es wird auf die Vorlage des Stadtrates vom 30. März 2004 verwiesen.

18 Konzept für eine familien- und kinderfreundliche Stadt

erheblich erklärt am 19. März 2002

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht zu erstatten und allenfalls Antrag zu stellen, wie er die Angebote zur Förderung und Unterstützung von Kindern, Jugendlichen und Familien besser koordinieren will.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

19 Schulsozialarbeit in Kindergarten und Primarschule

erheblich erklärt am 18. Juni 2002

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten, ob, unter Berücksichtigung der vorhandenen städtischen und privaten Angebote, eine Verstärkung der Sozialberatung auf Primarschulstufe und im Kindergarten notwendig ist.

Der Bericht wird noch in diesem Jahr dem Rat unterbreitet.



Es wird beantragt, die Frist zur Erfüllung des Postulatsauftrages um ein Jahr zu verlängern.

20 Begleitende Massnahmen zur Verwirklichung des Bundesverwaltungsgerichtes

erheblich erklärt am 19. November 2002

Der Stadtrat wird eingeladen zu prüfen und Bericht zu erstatten, welche begleitenden Massnahmen im Zusammenhang mit dem Bundesverwaltungsgericht er als zweckmässig betrachtet, und wie er diese umzusetzen gedenkt.

Regierung und Stadtrat haben am 29. April 2003 eine breit abgestützte Projektorganisation unter der politischen Leitung von Regierungsrätin Karin Keller-Sutter und Stadtpräsident Dr. Heinz Christen eingesetzt. Ihr gehören leitende Mitarbeitende von Kanton und Stadt St.Gallen sowie des Kantons Thurgau und beider Appenzeller Kantone an. Sie hat den Auftrag, in enger Abstimmung mit der Projektleitung des Bundes die planerischen und baulichen Rahmenbedingungen zu erarbeiten, ein Informations- und Unterstützungsangebot für die heute bei den eidgenössischen Rekurskommissionen und Beschwerdediensten der Bundesverwaltung tätigen Mitarbeitenden aufzubauen und Grundlagen zur Frage der Finanzierungsbeteiligung zu erarbeiten. Die einzelnen Fachgruppen sind intensiv tätig, zurzeit namentlich in Finanzierungs- und planerischen Fragen. Zudem werden Informationsmittel für künftige Mitarbeitende des Bundesverwaltungsgerichts erarbeitet (eine Broschüre sowie eine Internetseite), um ihnen den Lebensraum Ostschweiz näher zu bringen und nützliche Tipps für Fragen im Zusammenhang mit einer allfälligen Umsiedlung zu vermitteln. Weitere flankierende Massnahmen werden in einem rollenden Prozess erarbeitet; die Beantwortung des Postulates kann deshalb erst zu einem späteren Zeitpunkt erfolgen.

21 Verbesserung des Budgetprozesses

erheblich erklärt am 19. November 2002

Der Stadtrat wird beauftragt, zu prüfen und dem Grossen Gemeinderat Bericht zu erstatten, mit welchen Massnahmen er

- dem Grossen Gemeinderat eine bessere Einflussnahme auf Zielsetzungen und Schwerpunkte des Voranschlages ermöglichen kann
- den Voranschlag mehr leistungs- statt aufwandorientiert erstellen kann
- zwei Lesungen des Voranschlages mindestens durch die GPK ermöglichen kann
- das Aufzeigen von zusätzlichen konkreten Einsparungspotentialen kann.

Der Bericht wird nach den Sommerferien 2004 dem Parlament zugeleitet.



22 Planung der notwendigen Kapazität der Stadtautobahn

erheblich erklärt am 26. November 2002

Der Stadtrat wird eingeladen, im Rahmen der Richtplanung und in Zusammenarbeit mit dem Bund und dem Kanton zu prüfen und Bericht zu erstatten, ob und allenfalls welche Massnahmen zur Vermeidung von Kapazitätsengpässen auf der Stadtautobahn und zur Sicherstellung der Entlastungswirkung für das städtische Netz erforderlich sind.

Die Zusammenarbeit mit dem Kanton erfolgt laufend. Die aufgeworfenen Verkehrsfragen sind ein zentrales Element der städtischen Richtplanung im Teilbereich Verkehr. Die notwendigen Strategien und Massnahmen werden auf städtischer Seite im Rahmen der Vorgehensschritte des Richtplanes konkret erarbeitet und festgelegt. Die Beantwortung des Postulates ist 2005 vorgesehen.

23 Mehr Sicherheit in unserer Stadt!

erheblich erklärt am 25. Februar 2003

Der Stadtrat wird beauftragt, die Situation betreffend Sicherheit und Sauberkeit in der Stadt St.Gallen zu beurteilen und dem Grossen Gemeinderat Bericht zu erstatten, mit welchen Mitteln und Massnahmen Verbesserungen erzielt werden können. Dabei sind die finanziellen Folgen aufzuzeigen.

Der Bericht zum Postulat wird noch in diesem Jahr dem Grossen Gemeinderat unterbreitet.

24 Spitexfinanzierung und Qualitätssicherung

erheblich erklärt am 27. Mai 2003

Der Stadtrat wird eingeladen, Bericht zu erstatten, wie auch in Zukunft eine qualitativ gute Spitex-Versorgung in der Stadt St.Gallen sichergestellt werden kann. Insbesondere soll das Problem der Finanzierung und der Mengenausweitung der Spitex-Leistungen dargelegt und der Bezug sowie die Qualifizierung von angelernten Helferinnen und Helfern geprüft und wenn möglich gefördert werden.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.



25 Jugendarbeit im Zentrum

erheblich erklärt am 23. September 2003

Im Sinne einer Ergänzung der bestehenden Angebote des Jugendsekretariates wird der Stadtrat beauftragt, Möglichkeiten von gezielter Jugendarbeit im Zentrum zu prüfen und Bericht über konkrete Massnahmen zu erstatten.

Die Konzeptarbeit läuft.

26 Rollpark für Skater

erheblich erklärt am 25. November 2003

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und Antrag zu stellen, wo und wie ein Rollpark für Skater, Inliner und BMX-ler realisiert werden kann.

Die Standortabklärungen sowie die Gespräche mit den interessierten Kreisen über die Ausstattung des Rollparks laufen.

27 Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende

erheblich erklärt am 25. November 2003

Der Stadtrat wird beauftragt, Bericht und allenfalls Antrag zu stellen, ob und wie er Beschäftigungsprogramme für Asylsuchende bereit stellen, die Ausbildung der Kinder und Jugendlichen sowie die Selbstorganisation in den Unterkünften verbessern möchte.

Der Postulatsbericht ist in Bearbeitung.

Anträge:

1. Von diesem Bericht wird Kenntnis genommen.
2. Bei den nachstehenden parlamentarischen Vorstössen werden die Fristen zur Erfüllung der Aufträge wie folgt verlängert:
 - Nr. 1 Revision Polizeireglement um ein Jahr
 - Nr. 2 Neuer Teilplan Verkehr um zwei Jahre
 - Nr. 3 Erschliessung der Bauzonen um zwei Jahre
 - Nr. 4 LandschaftsEntwicklungsKonzept (LEK) – Basis für Direktzahlungen um zwei Jahre
 - Nr. 5 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Gemeindestrassen in Wohngebieten um ein Jahr



- Nr. 6 Bürgerfreundlicheres Verfahren bei den Schutzinventaren um zwei Jahre
- Nr. 9 Aufwertung und Neugestaltung Bahnhofplatz um ein Jahr
- Nr. 11 Kulturplatz am Stadtpark um ein Jahr
- Nr. 12 Wildnispark Goldacher Tobel um ein Jahr
- Nr. 14 Verbesserung der Lebensqualität an stark belasteten Staatsstrassen um ein Jahr
- Nr. 15 Oberirdische Fussgänger Verbindung vom Bohl zum Kulturviertel um ein Jahr
- Nr. 18 Konzept für eine familien- und kinderfreundliche Stadt um ein Jahr
- Nr. 19 Schulsozialarbeit in Kindergarten und Primarschule um ein Jahr

Der Stadtpräsident:
Christen

Im Namen des Stadtrates
Der Stadtschreiber:
Linke

